

Die Zustände im Ruhrgebiet.

Die Lage der Verhafteten.

Genosse Ludwig-Dagen schreibt uns:

Die Verteilung der 11. S. P. Westfalen hat in den letzten Tagen versucht, festzustellen, wo die von der Reichswehr in den besetzten Orten verhafteten Arbeiter geblieben sind. Ein großer Teil ist in Dortmund, ein anderer Teil im Sennelager bei Paderborn. Diese Nachrichten sind beauftragt, sich sofort der Deute anzunehmen, und zwar ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit der einzelnen verhafteten Leute. Der nach dem Sennelager entsandte Rechtsanwalt Ellinghaus aus Dagen übermittelte uns die Nachricht, daß die Leute sich wohl über schlechte Behandlung in der ersten Zeit beschwerten, daß sie aber jetzt über die Behandlung durch das Sturmabteilung nicht mehr Klagen vorzubringen hätten.

Im Sennelager befinden sich etwa 600 verhaftete Arbeiter aus dem Ruhrgebiet. Sie haben durch etwähnte Vertrauensleute eine Erklärung an die Öffentlichkeit übergeben. Diese lautet:

Ungefähr 600 Personen, die bei den Unruhen im Industriegebiet festgenommen worden sind, befinden sich im Sennelager. Die von den dort untergebrachten erwählten unterzeichneten Vertrauensleute erklären hiermit:

Das Verhält, es seien von den Internierten bereits einige abgeurteilt und erschossen worden, ist unwahr. Die Verhandlungen haben vielmehr noch gar nicht begonnen. Dieselben werden vor den zuständigen außerordentlichen Kriegsgerichten stattfinden. Das Recht der Verteidigung ist unbedingt sichergestellt. Jeder gesetzmäßige Behandlung haben wir zur Zeit keine Klage zu führen. Diese Erklärung haben wir unbeeinträchtigt von der Militärbehörde vor dem in das Sennelager entsandten Rechtsanwalt Ellinghaus aus Dagen abgegeben.

Sennelager, am 24. April 1920.

W. Ventinghaus, Syndikalist; M. Dering, Wehrheitssozialist; Ludwig Schick, U. S. P.; Karahn, R. U. D.; Alfred Wisse, Demokrat.

Wenn es auch einigermassen beruhigend wirkt, daß wenigstens die Befangenen im Sennelager nicht gerade unter den sonst üblichen Mißhandlungen zu leiden haben, so ist doch dringend von der Regierung zu fordern, daß sie Maßnahmen trifft, um die Anklagen gegen die 600 Verhafteten so schnell als möglich zur Erledigung zu bringen, damit die große Zahl von völlig Unschuldigen, die sich bestimmt unter ihnen befindet, dem menschlichen Leben zurückgegeben werden kann.

Anderes als im Sennelager sieht es im Ruhrgebiet selbst aus. Eine auf dem außerordentlichen westfälischen Parteitag unserer Partei, der am Sonnabend, 24. April, in Dagen stattfand, angenommene Resolution spricht Bände und zeigt von einer entsetzlichen Willkürherrschaft der Reichswehr. In der Entschließung heißt es:

Unter Aufhebung aller Bestimmungen der Reichsregierung, unter Beiseiteziehung aller zwischen Arbeiterparteien und Reichsregierung getroffenen Vereinbarungen wird die planmäßige Niederschlagung der Arbeiterbewegung fortgesetzt. Massenverhaftungen ohne Grund und Ursache werden vorgenommen; brutale Mißhandlungen verhafteter Männer und Frauen sind an der Tagesordnung. Unter Anwendung der Folter werden Geständnisse erzwungen. Jeder Arbeiter, der verdächtigt wird, an der Niederschlagung des Kampfes beteiligt gewesen zu sein, ist vor Verhaftung, Mißhandlung und Erschießung nicht sicher. Jede verfassungsmäßige Abänderung der Wahlen ist unmöglich, wenn die Reichswehr nicht aus dem Industriegebiet gezogen und der verhängnisvolle Belagerungszustand aufgehoben wird. Die Behauptung des Militärs, ein neuer Putsch von links stünde bevor, ist betrogener Schwindel.

Die Regierung beschäftigt sich in einer Kundgebung mit der Lage im Ruhrgebiet, von der wir nicht zu erkennen vermögen, ob sie zur Beruhigung oder zur Aufreizung der Arbeitererschaft erlassen worden ist. Die Regierung erklärt, daß es zum Schutze derjenigen, die in der Abwehr des verbrecherischen Kampfes ihrer besten Ueberzeugung nach ihre Pflicht dem Volke gegenüber und zur Verteidigung der Verfassung zu tun glauben, keines besonderen Amnestiegesetzes bedarf. Entsprechend den Bestimmungen des Vieselfelder Abkommens habe der Reichsjustizminister erklärt, daß eine Strafverfolgung dieser Personen nicht erfolgen soll. Eine Amnestie, die über diese Grundsätze und die Bestimmungen des Vieselfelder Abkommens hinausgeht, könne den gesetzgebenden Körperschaften von der Reichsregierung nicht vorgeschlagen werden.

Das heißt, die Regierung fürchtet den Vorwurf der Begünstigung des Proletariats, daß sie mit einer solchen Amnestie allzu große Milde gegenüber der Arbeitererschaft des Ruhrgebietes walten lassen würde. Sie hat anscheinend nicht die Absicht und vielleicht auch nicht die Kraft, um die Arbeitererschaft des Industriegebietes vor dem Willen der Reichswehr, wie es in der oben wiedergegebenen Resolution geschildert wird, zu schützen, aber sie hat auch nicht den Mut, um die Arbeiter, die auf Grund von Verdächtigungen in die Hände der Mitter der Reaktion fallen, durch einen entsprechenden Amnestieerlass gegen eine Blutjustiz zu sichern, die sicher bevorsteht, wenn den Kriegsgerichten freie Hand gelassen wird. Sie machen keinen Unterschied zwischen denen, die vor dem 2. April oder nachher gekämpft haben.

Zur Beruhigung für alle Feinde des Proletariats fügt die Regierung ihrer Erklärung noch hinzu, daß die Ansicht, Todesurteile könnten infolge der Aufhebung der Standgerichte nicht mehr gefällt werden, irrig sei.

Die Regierung hätte, wenn es ihr wirklich um die Beachtung der Abkommen von Viesefeld und Münster zu tun wäre, die Pflicht, die Reichswehr sofort aus dem Industriegebiet zu entfernen und ihre Streng gegen andere Kreise, statt gegen die Arbeitererschaft zu wenden.

Ob die Arbeitererschaft des Ruhrgebietes wohl Reue hat, sich noch einmal für diese verfassungsmäßige Regierung zu erheben?

Wir erhalten ferner folgenden

Aufruf an alle!

Die Häftlinge kagen über ungenügende Versorgung. Die hartnäckige Militärbehörde triffe keine Schritte zu unternehmen, damit die Arbeiter in den Orten, sofort Schritte zu unternehmen, damit den Deuten Lebensmittel nach dort gebracht werden. Die Mittel dazu können durch Sammlungen in den Orten aufgebracht werden. Jeder, der Menschlichkeitsempfinden besitzt, wird helfen wollen.

Geben nehmen alle Gewerkschaften und die unterzeichneten Komitee- und Verteilungskomitee für Westfalen entgegen. Ruhrgebiet und Ostpreußen. - von L. W. Wölff, A.

Die Preussische Verfassung.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 20. April 1920.

Als erster Punkt steht der Antrag des Bevölkerungsausschusses, das Kinderheft in Nordpreußen auf Staatskosten in Stand zu setzen. Abg. Bergmann (Dem.) befürwortete den Antrag namens der Mehrheit des Ausschusses.

Genosse Dr. Wehl:

Die Frage wird die Frage aufgeworfen: Wie kommt der preussische Staat dazu, die Instandsetzung der vom Militär während der Kriegszeit unbrauchbar gemachten Heilanstalten für Kinder durchzuführen. Der Militärhaushalt weigert sich, die Schäden der jahrelangen Benutzung der Anstalt zu tragen. Hunderte von Heilanstalten sind infolge militärischer Besetzung unbrauchbar geworden. Wir sind es der Allgemeinheit schuldig, schnellstmöglich eingzugreifen. Wir verlangen jedoch in einem Zusatzantrage, daß dem Staate entsprechend der aufgewendeten Mittel Eigentumsrechte eingeräumt werden. Wir erwarten ferner, daß die Regierung nicht nach dem ersten Keinen Schritt stehen bleibt, sondern dafür Sorge trägt, daß alle Heilanstalten möglichst zeitig ergriffen werden zur Wiederaufrichtung der deutschen Volkstraft.

Der Antrag des Bevölkerungsausschusses mit dem von unserer Fraktion beantragten Zusatz wird mit großer Mehrheit angenommen.

Ohne Debatte werden der Gesetzentwurf zur Hebung der Hinterlegungsordnung in erster und der Gesetzentwurf zur Errichtung von Strafgerichten in Unterliepderbach, Sindlingen und Zülshaus in zweiter und dritter Lesung angenommen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für 1920.

Hierzu bezieht das Haus gegen unsere Stimmen und die der Reichsparteien eine Beschränkung der Redegzeit auf 15 Minuten. Es liegt ein Antrag gleichzeitig vor, auf die Gehalts- und Ruhegehaltserhöhungen sofort einen Vorbehalt auszusprechen.

Genosse Dr. Rosenfeld:

Wir können die Beratung nicht vorübergehen lassen, ohne an die Regierung die Frage zu richten, was sie getan hat für die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen. Weiter, ob sie bereit ist, eine gründliche Säuberung des Beamten- und Verwaltungsaapparates so schnell als möglich vorzunehmen. Es kann aus nicht mit Verzeihen erfüllen, zu erfahren, daß

Rolle zum Oberpräsidenten von Hannover

auszusehen sein soll. Da muß ich schon sagen, daß der jetzige Oberpräsident sicher republikanischer und demokratischer gewesen ist, als Kroll.

Ich komme auf den Fall Nicolaig zu sprechen. Das Verhalten des Direktors der Berliner Universität Eduard Meyer ist skandalös. Das von ihm verfaßte Gutachten ist leichtfertig abgefaßt. Sämtliche Sitae sind unrichtig, viele direkte Fälschungen. Er mußte sich öffentlich als Lügner und Verleumder brandmarken lassen. Und dieser Mann ist noch Direktor? Wir erwarten, daß sich Minister Haenisch des Falles sehr energisch annimmt.

Um was möchte ich besonders auf die Position hinweisen, so sogenannte Hintertüren, ohne positive Zahlen zu nennen, die Sicherheitsbehörden eingesamelt werden. Wir haben immer gelabelt und zwar mit aller Schärfe, daß die Sicherheitsbehörden eingeführt worden sind, ohne daß die dazu benötigten Mittel bewilligt worden sind.

Wir können auch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß noch immer in Preußen der Belagerungszustand besteht: Das ist besonders schauerlich im Hinblick auf das Verhältnis zu den anderen deutschen Staaten, namentlich auf Thüringen. Noch immer erfolgt keine Berichtigung. Es bedeutet eine sehr beschämende Mißachtung, daß jetzt eine Besondere Stelle geschaffen worden ist. Wir verlangen die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes im ganzen Reich, auch in Rücksicht auf die Wahlbewegung.

Wo bleibt die Amnestie?

Auf die Abmachungen von Viesefeld und Münster antworten die Ausnahmegerichte mit Justizhaushalten. Wir fordern von der Regierung Auskunft, wie sie sich dazu zu verhalten gedenkt, daß die Kriegsgerichte nicht daran denken, sich an die Abmachungen zu halten.

Wir wünschen, wie es in dem vorliegenden Antrage verlangt wird, daß den Beamten und Beamten, sowie den Ruhegehaltsempfängern usw. ein Vorbehalt gewährt wird. Im übrigen nehmen wir zum Etat dieselbe Haltung ein, wie früher: Wir lehnen es ab, der Koalitionsregierung auch nur einen Pfennig zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung d. d. U. S. G.)

Nach weiterer uninteressanter Debatte ging die Vorlage an den Hauptauschuß.

Dann wurde in die Debatte über den Verfassungsentwurf eingetreten.

Verfassungsdebatte.

Minister Severing: Der Entwurf kommt so spät, weil die Eigentümlichkeiten des Einkammersystems mit dem Finanzrat in Einklang zu bringen waren, der das retardierende Element darstellen soll. Die Verhandlungen mit den Koalitionsparteien haben sich lange hingezogen und haben zu keiner vollen Uebereinstimmung geführt. Unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse den Entwurf zurückzugeben und einen neuen auszuarbeiten nach den Wahlen vorzulegen, verspricht keinen besseren Erfolg.

Ich habe hier nicht mein Kind, sondern ein Erbe zu vererben. Wenn ich hier meine Meinung frei äußern dürfte, würde es sich zeigen, daß ich mit der Kritik des Entwurfs in vielen Punkten übereinstimmen würde. (Lebh. Hört, Hört auf allen Seiten.) Ich bitte Sie, schnelle und gute Arbeit zu leisten.

Abg. Hauschildt (Soz.): Das alte Preußen ist nicht mehr. Das neue fordert neue Rechte. Als wichtige Ergänzung des Parlamentarismus betrachten und fordern wir die Volksabstimmung. Die Grundzüge der Demokratie müssen reiflich durchgedacht werden. Wir wollen, daß alle über 20 Jahre alten Wahlberechtigten wählbar sind. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der Landtag aufgelöst werden kann. Zu erwägen wäre, ob nicht der Präsident des Landtages unter Zustimmung des Reichsrats das Recht bekommen könnte, die Auflösung anzuordnen. Der Finanzrat hat in meiner Fraktion keinerlei Sympathie. Nachdem uns in Preußen die Steuerhoheit genommen, die Einnahmequellen wesentlich gekürzt worden sind, ist unsere finanzielle Verantwortung keineswegs herabgemindert.

Dr. v. Aries (Nat. Op.): Die geringe Liebe der Regierung zur Vorlage geht aus der Absicht des Ministerpräsidenten und aus der fahlen Begründung der Vorlage hervor. Wir sind der Ansicht, daß die monarchistische Verfassung die beste Staatsform für Preußen, wie für Reich ist. Wir fordern, daß die Schwärze Farbe beibehalten und festgelegt wird. Einmal Republik sollte man Freiheit sagen. Der Entwurf enthält mancherlei Bestimmungen, die sich darin finden müßten, wenn man nicht konstitutionelle Grundzüge im Auge hätte.

Wir wünschen den Volksentscheid und Volksbegehren aufgenommen zu sehen. (Lachen.) Das Volk soll nicht bloß als die Jahre mit dem Stimmzettel sein Rollen befehlen, sondern bei allen wichtigen Entscheidungen mitwirken. (Ab. Hoffmann: Herr Aries, Sie waren doch schon früher Mitglied dieses Hauses. Warum haben Sie das nicht schon früher verlangt?) Der Entwurf hat früher nicht zur Beratung gestanden. (Stürmische allgemeine Heiterkeit.) An Stelle des Finanzrats verlangen wir ein ausgebildetes Zweikammersystem, wie es alle demokratischen Staaten haben. Wir werden nach Kräften mitarbeiten, Preußen die Verfassung zu geben, die von Uebereinstimmung aus möglich ist.

Genosse Stoeder:

Wir bebauern es sehr, überhaupt noch an der Beratung eines besonderen preussischen Verfassungsentwurfes zu müssen. Wir sehen den Tag herbei, wo Preußen in einer einheitlichen deutschen sozialistischen Republik aufgehen wird. Die staatliche Ueberordnung Deutschlands sowohl wie Preußens entspricht keineswegs den wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen. Kein Wunder: sind doch die Mittelstaaten, zum Teil auch die Provinzen, in den vergangenen Jahrhunderten nur zu oft durch Eroberung, Raub, Heirat, Kauf oder Putschentwürfen zusammengepackt worden, und dadurch zu völlig unorganisierten Gebilden, Zufallsgebilden geworden. Wir wenden uns gegen den Parlamentarismus, gegen den Kandidatenrepublikanismus. Wir brauchen ein

politisch und wirtschaftlich einheitlich verfaßtes Deutschland.

Wir stimmen nicht ein in den Lobgesang auf die formale Demokratie. Der Reichssozialist Deutscher sagte: Wir wollen die Demokratie um der Demokratie willen, wir wollen die Demokratie als Selbstzweck. Nein, wenn wir wirklich für die Demokratie wären, wie Sie sie jetzt wollen, so würden wir sie nur wollen um des Sozialismus willen, aber nicht um der Demokratie willen. Wir haben uns stets den Sozialismus als unser höchstes Ziel vor Augen. Wir leiten den Geist der bürgerlichen Demokratie nicht an, den Sie uns als allein selig machend anpreisen. Wir treten ein

für die proletarische Diktatur.

Die bürgerlichen Parteien haben ausnahmslos seit 10 Jahren die Verfassendiktatur unterstüzt, diese Diktatur der Junker von Godesgraben und des Großkapitals.

Wenn wir nun für die proletarische Diktatur eintreten, so sind wir nicht etwa Gegner der Demokratie schlechthin. Wir wollen die sozialistische Demokratie, wir wollen die proletarische Demokratie und nicht eine Scheindemokratie, die die Arbeiter in der Lohnknechtschaft des Kapitalismus erhält. Mit der formalen bürgerlichen Demokratie kann der Arbeiter an sich nur sehr wenig anfangen. Mit dem Stimmzettel allein wird der Arbeiter nicht befreit, damit wird sie nicht befreit aus den Fesseln der kapitalistischen Lohn- und Profitwirtschaft, der tiefsten Ursache des heutigen Elends der Arbeiterklasse. Die Ueberwindung der Lohn- und Profitwirtschaft ist nur möglich durch die Ueberwindung der Bourgeoisie. Wir wollen die Befreiung der Lohnarbeit, die Befreiung der Ausbeutung, die Einführung der sozialistischen Gesellschaft.

Die Sozialisten konnten keine andere Politik treiben, wegen ihrer Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien. Wir brauchen nur auf die Staaten zu sehen, wo seit Jahrzehnten die politische Demokratie durchgeführt ist, nach Amerika, England, der Schweiz usw. In all diesen Staaten ist die Macht des Finanzkapitals unerschüttert. Nun aber werden uns die Sozialisten immer wieder vor, wegen unserer Forderung der proletarischen Diktatur hätten wir aufgehört Sozialisten zu sein. Ungefährt wird ein Schuß daraus: Sie haben aufgehört revolutionäre Sozialisten zu sein, und sind konservative Demokraten geworden. Denn unsere gemeinsamen Vorkämpfer: Marx, Engels und alle die anderen, haben Tüchlein von Polen die Forderung der proletarischen Diktatur erhoben. Unsere Partei legt der Koalitionsorganisation des kapitalistischen Staates die proletarische Herrschaftsorganisation auf der Grundlage des sozialistischen Systems entgegen, dem bürgerlichen Parlament den revolutionären Putsch entgegen. Zweck und Bedeutung des Sozialismus liegen darin, daß die politischen Rechte in die Hände der werktätigen Massen der Grund- und Kopfarbeiter gelegt werden. Die Arbeiter, die Angestellten, die Beamten sollen die Träger der politischen Macht sein. Ausgeschlossen werden sollen alle jene faulen Drogen, alle jene Kumpeln der Provarbeit des Proletariats, alle Ausbeuter der Arbeiterkraft anderer. Die proletarische Diktatur wird die Herrschaft der übergeordneten Mehrheit des Volkes sein, die Herrschaft aller Werktätigen, alle Klassen der über 90 Prozent der Bevölkerung gehören zum Proletariat. Deshalb kann bei der Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat keine Rede von einer Minderheit herrschen sein.

Der Schreckgespenst von den Kronleuten der roten Kasse zieht nicht mehr. Die Revolutionäre aller Zeiten waren noch immer den Gegenrevolutionären an Humanität, an Menschlichkeit unendlich überlegen. In der Zeit der kommenden proletarischen Diktatur wird auch noch nicht der hundertste Teil der Kronleuten begangen werden, die das Kapital mit seinem weißen Schreden in allen Ländern begangen hat. Die Reichssozialisten wollen dem Kampf mit dem Bürgertum aus dem Wege gehen, aber Sie kommen um diesen Kampf nicht herum; er wird Ihnen aufgezwungen werden.

Der preussische Verfassungsentwurf enthält sehr unbedenkenhafte Bestimmungen. Während alle ständischen Staaten die Volksabstimmung mit in ihre Verfassung aufgenommen haben, fehlt dieses Recht in der preussischen Verfassung. Auf der einen Seite die Vereinfachung des Rechtes der Volksabstimmung, auf der anderen aber der Versuch, das Zweikammersystem einzuführen. Und was bedeutet denn der „Finanzrat“ anders als den Versuch einer neuen ersten Kammer? Wir fordern die Reichssozialisten auf, dafür zu sorgen, daß dieser Finanzrat verschwindet. Lassen Sie sich doch nicht immer von den bürgerlichen Parteien an die Wand drücken. Wenn der Minister Severing sagt, es sei ein Vorzug dieses Finanzrats, daß er nicht öffentlich sei, so sind wir anderer Ansicht. Eine solche Dunkelkammer wollen wir nicht. Nachdem auch die Vertreter der Provinzen, die wahrhaftig von den reaktionären Provinzialausschüssen gewählt werden, in den Finanzrat hinein sollen, wird er ohne Zweifel ein stark reaktionäres Element sein. Schon der Name „Finanzrat“ klingt so mittelalterlich. 85 Jahre muß man alt sein, um in diese elendliche Kammer hineinkommen, und auf sechs Jahre lang soll sie gewählt werden! Wir fordern die Durchführung des Einkammersystems.

Der Landtag soll nur alle vier Jahre gewählt werden. Diese Frist ist uns viel zu lang; mindestens alle zwei Jahre muß das Volk über die Politik entscheiden können. Wir verlangen auch die Festlegung des Wahlrechts für die Gemeinden, die Kreise und die Provinzen in der Verfassung. Wir lehnen es ab, Preußen eine besondere persönliche Spitze dadurch zu geben, daß dem Präsidenten dieses Hauses Ministerien verfallen wird und daß er das Recht der Ministerberufung erhält. Verfassungsänderungen sollen durch einfachen Mehrheitsbeschluß herbeigeführt werden können.

Die Verfassung mögen Sie jetzt gestalten wie Sie wollen! Unser Ziel, der Sozialismus, wird kommen, trotz allem. Wer weiß, wie bald Ihre schönen Paragraphen wiederum von rechts über den Saufen geworfen werden, wie bald wir wieder das

Betriebsräte.

Unternehmerkampf gegen das Betriebsrätegesetz.

Die Arbeiterschaft der Firma Dr. Erich F. Huth, Gesellschaft für Funkentelegraphie, Berlin SW., Wilhelmstraße 130/132 befindet sich seit dem 12. April im Streik. Der Grund ist folgender: Von dem neu gewählten Betriebsrat ist durch die Direktion obere...

Außerordentlicher Verbandstag der Holzarbeiter.

Berlin, den 26. April 1920. 2. Verhandlungstag.

Die Spezialdebatte über die Anträge und Vorschläge der Statutenberatungskommission zur Beitragsfrage wurde weiter fortgesetzt. Es wurde beschlossen, daß die Jahreshellen nach eingeholter Zustimmung des Verbandsvorstandes berechnigt sind...

Die vorgeschlagenen Unterstützungssätze der Statutenberatungskommission wurden von dem Verbandstag gegen einzelne Stimmen abgelehnt. Bis zum 1. Juli 1920 müssen alle Jahreshellen für sie...

Ein anderer Beschluß spricht den Ortsgruppen mit Angestellten 25 Prozent und den Ortsgruppen ohne Angestellten 20 Prozent der Beiträge für Lokalwerke zu.

Der Antrag Hagen, nach dem die Jahreshellen Hagen berechnigt sein soll, für einen Tag Aufenthaltunterstützung auszuscheiden, wurde dem Vorstand übergeben.

Ein stimmiges Annahme fand ein Antrag Hamburg mit folgendem Wortlaut: „Mitglieder, bei denen anderweitige Anrechnung der Verbandunterstützung auf den Betrag staatlicher Unterstützung erfolgt, erhalten die Arbeitslosenunterstützung des Ver-

bandes nur in der Höhe, die eine Anrechnung durch staatliche Behörden ausschließt. Der Verbandstag protestiert auf das nachdrücklichste gegen derartige Bestimmungen. Solche Maßnahmen bilden eine Bedrohung für die unorganisierten Elemente. Von allen Behörden wird erwartet, daß die Unterstützungseinrichtungen und Rechte der Arbeiterorganisationen beachtet und nicht angefochten werden.

Durch einen anderen Beschluß werden alle Jahreshellen, in denen ein unabhöflicher Teil von Lehrlingen vorhanden ist, verpflichtet, Lehrlingsabteilungen zu schaffen zur Pflege des Lehrlingswesens und der beruflichen Weiterbildung.

Die Zahl der Vorstandsmitglieder wurde durch Vermehrung der Zahl der befristeten und unbefristeten Vorstandsmitglieder um je ein Mitglied auf 13 erhöht. Die Zeichnung des Vorstandes ist rechtsverbindlich, wenn die Unterschrift von drei befristeten Vorstandsmitgliedern vollzogen ist. Die Zahl des Ausschusses wurde auf 13 Personen erhöht. Zur Teilnahme an den Verbandstagen sind in Zukunft drei befristete Vorstandsmitglieder berechnigt.

Ein Antrag Berlin, der auch für außerordentliche Verbandstage eine Auswahl von Delegierten verlangt, läßt eine lebhafte Diskussion aus. In der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag mit 53 gegen 106 Stimmen abgelehnt, weil die Durchführung dieser Forderung praktisch unmöglich sei.

Nach Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungseinrichtungen wurde der Punkt „Lohnbewegungen“ in geschlossener Sitzung verhandelt.

Schluß des zweiten Verhandlungstages.

Gewerkschaftliches.

Streik in der Hülzbranche.

Der Verband der Hülz- und Kinn-Angehörigen hat in einer Obmann-Konferenz am Montag nach vorhergegangener Abstimmung in den Betrieben beschloffen, ab heute Dienstag den Streik zu proklamieren.

Drohender Streik der Elektricitätsarbeiter.

Am 18. April fällte den Gemeinliche Zentralausschuh einen Schiedsspruch über die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter. Während der Schiedsspruch allen städtischen Arbeitern eine Stundenlohn-Erhöhung von 1,20-1,50 M. brachte, mußten sich die Arbeiter der Elektricitätswerke mit 1,15 M. begnügen.

Der Zentralausschuh tagte am gestrigen Montag um über die Ergänzungsbestimmungen zum Lokalarci weiter zu entscheiden. Die Arbeiter der Elektricitätswerke sowohl wie die Arbeiter der Gaswerke hatten sich im Laufe der Revolution bestimmte Zugeständnisse gegenüber den anderen städtischen Arbeitern errungen, bei den Gaswerken in Form der selbständigen Arbeitszeit, bei den Elektricitätswerken in Form eines sparsamen Zuschlages zum Stundenlohn. Der Magistrat, vertreten durch Herrn Stadtrat Sedl, erklärte mit diesen Zugeständnissen der Revolution müsse jetzt einträglich aufgeräumt werden.

Der Zentralausschuh stellte sich dann auch zum größten Teil auf dem vom Magistrat vertretenen Standpunkt, in dem er zwar den Gasarbeitern die selbständige Arbeitszeit weiter zuerkannte, jedoch den Elektricitätsarbeitern die 8 Prozent Zuschlag abschradte. Die Arbeiterschaft der Elektricitätswerke ist jedoch nicht gewillt sich die einmal errungenen Vorteile nehmen zu lassen. Eine vorgenommene Abstimmung in den Betrieben ergab Ablehnung des Schiedsspruches mit 1486 gegen 24 Stimmen.

Die Elektricitätsarbeiter sind fest entschlossen an ihren Forderungen unter allen Umständen festzuhalten und werden auch vor einem Streik nicht zurückweichen. Das Verhalten des Magistrats ist um so unerwünschter, als doch gerade die Elektricitätswerke im letzten Quartal einen Ueberschuß von mehreren Millionen Mark hatten.

Die Bewegung, die als sehr ernst bezeichnet werden muß, gewinnt an Bedeutung und Umfang dadurch, daß sich die technischen Angestellten mit den Arbeitern solidarisch erklärt haben.

Die Angestellten bei den Reichsbehörden.

Am 22. April 1920 fand in der Neuen Philharmonie eine stark besuchte Versammlung der Fachgruppe Ia im Zentralverband der Angestellten (Angestellte bei Reichs- und Staatsbehörden) statt, in der über die Politik in der Angestelltenbewegung und die unpolitischen Gewerkschaftsbünde referierte. Er wies den gegen den Zentralverband der Angestellten erhobe-

nen Vorwurf der mangelnden parteipolitischen Neutralität eingehend zurück und führte aus, daß die parteipolitische Neutralität bei den Gewerkschaftsbünden nicht vorhanden sei. Der Zentralverband der Angestellten sei durch energische Maßnahmen der Interessen seiner Mitglieder den Unternehmern bekannt gemacht, die Gewerkschaftsbünde dagegen lieblos bei diesen. Besonders zeigte der Redner des Vertrieben der Vertreter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten bei dem Generalkongress zur Abwehr des Kampfs.

Zur zweiten Teil der Versammlung referierte Hausherr vom Hauptverband des Zentralverbandes der Angestellten über die Regelung zur Schaffung eines Reichsarbeitsrates für die Angestellten bei sämtlichen Behörden des Reiches und Preußens. Durch den Standpunkt der Regierung, die Rechte der Angestellten nur in Ausübung an das Beamtenbefähigungs-Büro zu legen, ist ein Beschluß bis heute nicht möglich gewesen. Die Verögerung im Beschluß des Tarifvertrages sei auch darauf zurückzuführen, daß die zu regelnden Verhältnisse bei den einzelnen Behörden zu sehr verschieden sind. Die Arbeit, in diese unübersichtlichen Angelegenheiten Ordnung zu bringen, sei eine eminente.

Nach eingehender Diskussion fand eine einstimmige Annahme, die es beordert, daß der Reichsarbeitsrat noch nicht zum Beschluß gebracht ist und der Zentralverband der Angestellten beauftragt, dafür Sorge zu tragen.

Der Betriebsrat der Allgemeinen Krankenkasse Berlin sendet uns mit Bezug auf den in Nr. 141 veröffentlichten Bericht über die Versammlung der Kassenausschüsse der Angestellten gegen den Betriebsrat, eine längere Erwiderung. Es heißt darin, daß der Betriebsrat bisher mit Erfolg für die Vermehrung von Ueberstunden gewirkt habe, daß er sich aber in letzter Zeit der Auffassung nicht verschließen konnte, daß die erforderlichen Ueberstunden infolge technischer Schwierigkeiten nicht nur unter Hinzuziehung von Ausschüßmitgliedern erledigt werden können. Die Befreiung von Ueberstunden sei auch von dem gesamten Personal in einer Versammlung beschlossen worden. Das habe auch der Beamtenschaftler Mahnung, der die Angriffe gegen den Betriebsrat richtete, gewirkt, denn er war selbst in der Betriebsversammlung anwesend.

In einer Versammlung der Leitergrüßbauer wurde der Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern entgegengenommen. Der Stundenlohn beträgt jetzt 6,80 M. Die bisherigen tariflichen Vereinbarungen inkl. Hörsch und Zeit bleiben bestehen. Die Reduzierung der Streikzeit wurde abgelehnt. Der 1. Mai wird durch allgemeine Arbeitstube gefeiert, und unterstellen sich die Kollegen den Annahmen der Gewerkschaften und der Partei. Die Betriebsratsarbeiten sind auf revolutionärer Grundlage durchgeführt. Die Versammlung beschloffen, ferner die für den Betriebsorganisationen (Spezial) gegenüberstehen, der nur zuständigen Gewerkschaft, dem Deutschen Transportarbeiter-Verband von zu stellen und für deren Aufbau Sorge zu tragen. Die Versammlung erließen in der Betriebsorganisation die Zustimmung der so mühevoll aufgestellten Gewerkschaften. Jedoch müssen alle Hände ans Werk gelegt werden, die Gewerkschaften zu revolutionieren.

Die Schmiebe der Innungsbetriebe nahmen am Sonntag den Bericht der Verhandlungskommission entgegen. Der angesehene Schlichtungsausschuh hat folgenden Spruch gefällt: Uebend bei einjähriger Beschäftigung vier Tage, bei zweijähriger Beschäftigung sechs Tage, bei dreijähriger Beschäftigung sieben Tage. Minimallohn für Schmirmeier 5,50 M. für Beschäftigten 6 M. für Stroh und Beschlag 4,50 M. für Strohstellen 4 M. Die Vereinbarung gilt vom 24. April bis 31. Juli 1920. Die Minimallohn gehen ab 15. April. Es ist eine wesentliche allgemeine Preissteigerung ein, so sollen Lohnerhöhungen vereinbart werden. Für den Beschluß der Lohnerträge wird empfohlen, ein Kostensatz von 20000000 in Höhe von wöchentlich 20 M. für das erste, 30 M. für das zweite, 40 M. für das dritte Semester. — Nach Erstattung des Berichts fand gegen 10 Stimmen eine Entschließung Annahme, die die Haltung der Lohnkommission billigt, aber die Zusprechnisse der Unternehmer nicht als genügend erachtet. Nur unter dem Druck der Verbältnisse erklärt sich die Versammlung damit zu frieden. Bei steigender Lernerung behält sie sich aber ihre Maßnahmen vor. — Nach einem Hinweis auf die Bedeutung der Maßfeier und einer Aufforderung zur Arbeitsruhe erwiderte die Versammlung ihr Ende. Für die Opfer der Revolution wurde den 275 Mark gesammelt.

Betriebsräte der Kriegsorganisationen! Die zum Dienstag nachmittags 1/2 Uhr angelegte Versammlung in der Aula des Gymnasiums Kochstraße 18 findet nicht statt. Höhere Aufstellungen folgen nach. Die Selbstentstellung der Fachgruppe 2a, Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände (Wfa).

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Selene sah ihm mit glühenden, nun trockenen Augen nach, und hinter den geöffneten Rippen schlugen ihr die Adern zuwammen.

Der Alte fuhr fort: „Wie sich's weiter schiden wird, das is dermal nur Gott allein bewußt, aber wann's Not tut, so will ich auch für künftighin meine Sand nit von dir abzieh'n. Für's Erste nimm das!“ Er drückte dem Mädchen einen Raß Banknoten in die Hand.

Mit einem Ruck stand Selene aufrecht und warf ihm das Geld vor die Füße. „Geld? Geld bist du mir?“ schrie sie. „Geld für meine Erb? Für die reicht mer just dein Sternsteinhof — weniger nit!“ Sie preßte beide Hände gegen die Brust und die Sprache verlagte ihr.

Der Bauer zog den Mund breit und starrte ihr mit dffigigen Winkeln in die jornbrühenden Augen. „Und auf'n Hof war's alleinig abg'ieh'n, wie ich bißt wohl mer?“ höhnte er. „Wist a Ueberklause, du! Wä'r der Bub' nit der Loni vom Sternsteinhof g'weß, er häß' dir nie in d' Näs' kommen dürfen; find's auch begreiflich, wüß' nit, wie sich eine Ions in ihn verschauen könnt.“ Aber sein häß's eine fadelt, das muß mer lagel! Mit umloßt hast dir Wort und Schrift geben lassen, und auch dein Reichthum war nicht unüberlegt; denn bißt skaut's böllig danach aus, als wä'r von deiner Seit' der Sndel ehrlich und die War' echt, während mer dir dorentholten iät, was mer nur versprochen hat, um dich d'ran g'freigen! Du fleißt, ich kenn' mich aus. Es is eh'n leichtes ein' jungen Gimpel fongen, als ein' alten Fuchs Sisen stellen. Sei lieber fein vernünftig, — er wies nach den auf dem Boden liegenden Bankzetteln, — und laß' nit liegen, was allein für dich da g'holen is, um das, was d' nie friegst.“

Immer verzerrter war das Gesicht der Dirns geworden, immer krampfhafter arbeiteten ihre Füße, jezt wollte sie die Faust gegen den Alten und tannette zur Türe hinaus. Sie hatte keinen Blick für Loni, der trotzig bestimmend ihrem Abgange zunichte, seinen für die Mutter, die mit erwiderte, Avung die Hände gegen den Bauern

auszustrecken und dann beleuernd an die Brust zu legen; nur ein Gefühl beherrschte ihr Sinne und Seele, das des erbittertesten Hasses, verschärft durch die quälende Empfindung ihrer Ohnmacht, und während sie Stufe um Stufe, Fuß vor Fuß die Treppe hinunterwankte, tat sie das Stohgebete: Gott möge sie den Tag erleben lassen, an dem sie dem prokigen Bauern all das Heutige heimzohlen könne!

„Was willst du noch?“ herrschte der Alte die Hinzhofer an, die noch immer an der Türe stand.

Sie blickte verlegen und begehrtlich nach den auf der Diele liegenden Säeinen.

„W, dir tut's Geld leid?“ lachte er. „No, so nimm's! Aber sorg' dafür, daß die Dirn' Dummdheiten und Aufhebendmaden sein laßt! Je weniger davon unter d' Deut' kommt, desto g'scheidter is's für sie selber.“ Er schob ihr die Banknoten mit dem Fuße zu.

Das Weib lächelte dankbar, roßte das Geld auf und schlich mit einem Bergel's Gott' davon.

„Boder,“ sagte Loni, ganz nahe an den Bauern herantretend, „ich hab' mein Wort g'halten, ich hab' mich nit eing'mengt, aber jezt reden wir zwei miteinander.“

Der Alte maß ihn mit einem geringschätzigen Blicke.

„No, so red' zu.“

„So lang' ich noch minderjährig bin, darf ich ohne dein' Einwilligung nit heiraten.“

„Das flecht.“

„Dorum werd' ich halt d'Großjährigkeit abwarten. Bis dahin aber zieh' ich mich mit der Dirn' zuzamm.“

„Wohin denn?“

„Das weiß ich selber noch nit. Kommt draus an, wo ich ein' Platz find'. Von morgen an verding' ich mich als knecht.“

„s wird dich niemand nehmen.“

„Ohol! Da d'raus hoff' du nur nit. Ich kann arbeiten.“

„Dummer Bub', wie d' dahered'it! Was is da meinteits' so hoffen oder s'fürchten? Dich wird kein Bauer nehmen, weil d' Stellung vor der Türe is.“

„D' Stellung?“

„Du lieh' nit mich zu'n Soldaten?“

„No ja. Wer nimmt doch kein' Knecht, der ein' etwa in vierzehn Tag'n mit'm Sträußel of'm Dui von der Arbeit dahonacht.“

„Wiß.“

„Du willst mich nur schreden. Ich här' ja schon lang' von ein'm Kreden mit'm Käsbiermortel.“

„Da war noch a andere Kred' dabei, und is bißt die eine mit der andern hinfällig word'n.“

„Boder, da d'rein ichid ich mich niemol, so unter willde fremde Deut' in ein' andern Weltteil! Da mach's kürzer, schloh' mich lieber gleich tot!“

„Dös werd' ich mir überleg'n; kein' Schad' wär noch nit um dich, aber ich müß' dich für ein' Guten geh'n.“

„Tu is mir halt selber was an!“

„Paritari, dös's tun, sog'n's nit, und dös's sog'n, tun's nit!“

„No, und wann ich auf und davon renn'?“

„So bringen' s' dich halt ein, und du kauft in Sand'schell'n, 'n Schandarm hinter deiner, dunn ein paar Ortschaften spazier'n.“

„Und just nit gib ich mich! Als'jann' verberd' ich auch 's Spiel! Was dann nachher, wann ich mir zufällig ein' Finger von der Hand haß'?!“

„Dös tu'! Dann nehmen' s' dich erst recht, stecken dich af a Festung wobin zu einer Straffkampagne und da kauft dir karren und kaufteln' g'mug. Jo, mein Würschel!“

„Boder, müß'it g'heiterweil' mit dir reden lassen. Was is da vor'bracht hab', war ja lauter Unsinn. Wann d' etwa meint, ich sollt mer doch nodmal all's reichlich überleg'n, so könnt' ja sein, daß ich mich ganz anders b'fing, nit?“

„Rein, nein, müß' dich nit! Frei b'raus, dir trau' ich nimmer. Freilich, um los'kom'n, wä'r dir kein Verdruchen g'heilig; aber du erstarb' dir dös und ich mir d' Rest' hint'nach. Unter d'en Griff, unter dem ich dich bißt hab', kriepet ich dich dann kein' zweis' Mal wieder, und du wärs' gang der sterl danach, der mich leicht nodher nach ein' schüchtern versuchet, durch's Drohen, daß d' mer s'wo'n der Befreiung bei G'richt Anstand' machest! Ab, nein. Gürlich müßt am längsten. Ich tu' mein Blicke, tu' du d' deine, dien' deine drei Jahr'n. 's wird dich nit umbringen.“

(Fortsetzung folgt.)

* Einen Knecht, den man umbrachte, für einen Guten zahlen müssen. Ist sprachwörtlich und besagt, daß das Geld nicht ohne Unterdrückung gelten lassen würde.

